

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 19/26825, 19/27437 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Deutsche
Bahn Gründungsgesetzes über die Personalkostenerstattung für
zugewiesene Beamtinnen und Beamte**

**Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Marcus
Bühl, Christoph Meyer, Victor Perli und Sven-Christian Kindler**

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, dass die Deutsche Bahn AG die Personal-
kostenerstattung für zugewiesene Beamtinnen und Beamten nur einstellen kann,
wenn vor dem 1. Januar 2020 die zugrunde liegende Rationalisierungsmaßnahme
vollzogen wurde.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die öffentlichen Haushalte
stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für den Bundeshaushalt entstehen kumuliert bis 2025 geschätzte Minderausgaben
von 16,8 bis 25,2 Mio. Euro.

Im Einzelnen:

Jahr	Minderausgaben in Mio. Euro
2020	0,8 bis 1,2
2021	1,6 bis 2,4
2022	2,4 bis 3,6
2023	3,2 bis 4,8
2024	4,0 bis 6,0
2025	4,8 bis 7,2

Für die Länder entstehen keine Haushaltsausgaben.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht ein negativer Erfüllungsaufwand in Höhe von 5.000 Euro.

Weitere Kosten

Für die DB AG entstehen jährlich geschätzte zusätzliche Kosten von 0,8 bis 1,2 Mio. Euro. Kumulativ bedeutet dies bis 2025 geschätzte Mehrkosten von 16,8 bis 25,2 Mio. Euro. Auswirkungen auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 3. März 2021

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer

Vorsitzender

Eckhardt Rehberg

Berichterstatter

Dennis Rohde

Berichterstatter

Marcus Bühl

Berichterstatter

Christoph Meyer

Berichterstatter

Victor Perli

Berichterstatter

Sven-Christian Kindler

Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.